



## POLITIK / REDAKTION

### Manila - im Vorfeld der Verteilungskämpfe ...

(SB) - In den Beziehungen zwischen Manila und Washington herrscht eine schwere Krise, seit am 11. Februar die Philippinen das Visiting Forces Agreement (VFA) mit den USA aufgekündigt haben. Der formelle Austritt tritt in sechs Monaten in Kraft, sofern nicht bis dahin die US-Regierung die philippinischen Verbündeten zur Rücknahme der drastischen Maßnahme bewegen kann. Ohne das VFA, in dessen Rahmen die USA ... (S. 5)

## POLITIK / KOMMENTAR

### Syrien - Kulminationspunkt für einen internationalen Krieg ...

(SB) - Der türkische Angriffskrieg in Syrien mittels islamistischer Hilfstruppen wie auch regulärer Streitkräfte verschränkt eine Reihe innen- und außenpolitischer Ziele des Regimes zu einem Eroberungs- und Vernichtungszug, der sich in zunehmendem Maße den Rückweg abgeschnitten hat. Erdogan, so steht zu befürchten, wird in bedrängter Lage wie immer die Flucht nach vorn antreten und die nächstgrößere Grausamkeit exekutieren, da er nur um den Preis seines Untergangs zulassen kann, den Würgegriff um oppositionelle Bestrebungen zu lockern und ... (S. 7)

## Digital - der große Bruder, oder was?

### Werner Meixner im Gespräch



*Neue Gesellschaft für Psychologie*  
Quelle: *Neue Gesellschaft für Psychologie (NGfP)*

### Die totale Digitalisierung ist ein politisches Programm

### Interview mit dem Informatiker und Mathematiker Dr. Werner Meixner von der Technischen Universität München

Schattenblick (SB): Ihr neues Buch, das in wenigen Wochen erscheinen wird, trägt den Titel "Wollt Ihr die totale Digitalisierung? - Rückkehr zur Vernunft in Zeiten triumphalen Unheils". Lassen Sie uns über Digitalisierung sprechen und über den Unter-

schied, den Sie zwischen der Digitalisierung als Technologie und der totalen Digitalisierung machen.

Werner Meixner (WM): Stellen Sie sich eine antike griechische Vase vor, die zerbrochen ist. Man kann sie wieder zusammensetzen. Digitalisierung - im technischen Sinn - ist die Verwandlung der analogen Welt in Bruchstücke. Die totale Digitalisierung ist etwas komplett anderes. Sie ist eine Strategie, ein Programm zur vollständigen Erfassung aller analogen Wirklichkeiten und Verhaltensäußerungen sowie zur Kontrolle aller Kommunikationsvorgänge in der Gesellschaft zwecks wirtschaftlicher Steue-

rung und politischer Überwachung. Das ist ein politisches Programm! Dazu benötigt man vollständige elektronische Vernetzung. Diese beiden Digitalisierungsbegriffe muss man unbedingt unterscheiden.

SB: Reden wir über die totale Digitalisierung. Sie sagen, diese verfolge eine Strategie. Um was geht es da?

WM: Es geht erstens um Eigentum und seine Enteignung; z.B. Enteignung von Rohstoffen, Enteignung, wie sie durch die Privatisierung von Staatsvermögen stattfindet, und Enteignung von digitalisierten Intelligenzleistungen.

SB: Wie muss ich mir Letzteres vorstellen?

WM: Verhaltensäußerungen und Kommunikation sind persönliche Intelligenzleistungen und als solche arbeitsrechtlich relevante Arbeitsleistungen. Sie sind Eigentum des Urhebers. Ihre Digitalisierung schafft kein neues Eigentumsverhältnis, keine neue Urheberschaft.

Zweitens geht es um Produktionsmittel. Unter früheren kapitalistischen Bedingungen waren die Maschinen Eigentum von Kapitalisten. Damit haben Arbeiter etwas produziert. Heute gehört das Produktionsmittel nicht mehr den Kapitalisten, sondern es befindet sich im Besitz des arbeitenden Menschen; es ist nämlich sein Gehirn. Seine Intelligenz ist das Produktionsmittel und als solches ein völlig unveräußerliches Eigentum des Menschen. Was stattfindet, ist die Enteignung des wertvollsten Rohstoffes, den Menschen produzieren: die Protokolle ihrer Intel-

ligenzleistungen. Die heute verfügbaren Maschinen inklusive Roboter können nicht leisten, was ein menschliches Gehirn leistet; sie sind nicht intelligent. Bestenfalls können sie menschliche Intelligenz simulieren.

Diese Protokolle oder anders ausgedrückt - die personenbezogenen Daten - werden auf staatsähnliche Konzerne übertragen. Damit geht die Wirtschaftsleistung in den Besitz der Konzerne über. Drittens schließlich geht es um die Enteignung von natürlichen Staaten. Die Staaten haben unter Bedingungen der totalen Digitalisierung nur noch eine Disziplinierungsfunktion; sie werden zu Überwachungsstaaten.

SB: Wer hat die Strategie für die totale Digitalisierung entwickelt?

WM: Das waren und sind die US-amerikanischen Großkonzerne in Kooperation mit Think Tanks. Sie stellen ein Machtzentrum dar, einem Staat vergleichbar, der seine Macht auch gegen andere Staaten anwendet. Es sind die gleichen, die sich früher vor allem mit Regime Change befasst haben in der Absicht, Rohstoffquellen übernehmen zu können. Die entscheidende Wende hat nach dem Untergang der Sowjetunion und des sog. sozialistischen Lagers stattgefunden. Der moderne Handelskrieg richtet sich nicht mehr nur auf Rohstoffe und nicht mehr nur gegen vermeintlich sozialistische und Entwicklungsländer, sondern auch gegen Europa. Deutschland ist eines der Opfer dieses Krieges. Die Strategie ist Teil dieser imperialistischen Politik.

SB: Wie stellen Sie sich im Unterschied dazu eine linke Vision

von Digitalisierung vor? Weniger besorgniserregend?

WM: Begriffe wie links und rechts haben meines Erachtens ausgedient. Insofern würde ich nicht von einer linken Vision sprechen, auch nicht von einer besorgniserregenden Technik. Die Technik als solche ist nicht besorgniserregend; besorgniserregend kann das sein, was mit ihr getan wird. Daten müssen nicht in wenigen riesigen Zentren gespeichert werden. Wenn Herr Meier mit Herrn Müller telefonieren oder per E-Mail kommunizieren will, sollte das auf die einfachste Weise geschehen, nicht auf dem Umweg über den Atlantik, damit dort die Daten der beiden gespeichert, Gespräche abgehört und Mailverkehr ausgewertet werden können.

Die Forderung, die Technik müsse dem Menschen dienen, ist eine ethische Forderung. Sie bedeutet, dass der Sinn der Technikanwendung wertvoll für den Menschen und für die Gesellschaft sein soll. Technik soll Erleichterung für den Menschen schaffen, ihm mehr Zeit für Beschäftigungen außerhalb der Arbeit geben. Das ist keine utopische Forderung, es gibt Alternativen - zum Beispiel die zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung. Überwachung ist natürlich nur (oder jedenfalls am effektivsten) zentral möglich. Grundsätzlich sollte der Bürger entscheiden können, welche Technik er bevorzugt. Zu oft wird aber am grünen Tisch über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden statt sie demokratisch einzubeziehen. Letzteres ist meine Vision.

Die Realität sieht gegenwärtig jedoch anders aus. Das derzeit pro-

pagierte 5-G-Netz, die Steuerung aus dem Weltraum, bedient ganz andere Zwecke, als den Menschen zu dienen. Das liegt auch daran, dass die möglichen Alternativen derzeit nur in bescheidenem Umfang erörtert werden. Verschiedene Gruppen diskutieren und entwickeln sie in eigenen Zirkeln, aber so - ohne eine Zusammenführung - entsteht keine alternative Strategie. Das ist ein Riesenproblem unserer heutigen Demokratie.

SB: Worauf sollte eine alternative Strategie zielen?

WM: Technik ist nicht vorbestimmt. Es gibt immer Entscheidungsfreiheit. Das gilt nicht nur für die Digitalisierung. Nehmen Sie die erneuerbaren Energien; ob man diese zentral oder dezentral fördert, geschah und geschieht nach Interessenlage. Beide Optionen sind möglich. Die mächtigeren Interessen haben sich bislang weitgehend durchgesetzt. Dafür ist ein florierender Industriezweig, die Solarindustrie, geopfert worden. Es steht schlecht um die Windkraft; an manchen Stellen, weil sie dezentral abgewürgt wird, an anderer Stelle, weil sich - wie im Fall des riesigen Windparks in der Nordsee - die Regierung zentral für einen Konzern entschieden hat. Die Folgen erleben wir: Leitungen müssen durch große Teile des Landes verlegt werden. Dagegen regt sich Widerstand in der Bevölkerung, was die notwendige Energiewende aufhält.

SB: Wie realistisch ist es, sich unter den heutigen Bedingungen, sprich gesellschaftlichen Verhältnissen, etwas mehr als Einzel-Aktionen gegen die totale Digitalisierung zu wünschen?

WM: Das hängt von der Funktionsfähigkeit unserer Demokratie ab. Wir hatten in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Krieg eine funktionierende soziale Marktwirtschaft, die ja auch kapitalistisch war, und trotzdem hat es einen Ausgleich von Interessen gegeben.

SB: Vermutlich wegen der Existenz des sozialistischen Lagers?

WM: Nach dem Fall der Mauer erlebten wir tatsächlich so etwas wie einen Regime-Change hin zu einer marktradikalen Form des Kapitalismus nach US-amerikanischem Muster, in der ein Interessenausgleich nicht mehr existiert. Hinzu kommt die schrittweise Umwandlung unseres Staates in einen Überwachungsstaat. Wenn wir unsere Privatsphäre nicht energisch schützen, wird es keine Interessenvertretung der Bürger mehr geben.

SB: Und dennoch ist der Umgang vieler Menschen mit ihren eigenen Daten, ihrer Privatsphäre - freundlich ausgedrückt - sehr entspannt, man könnte auch sagen sorglos. Mein Eindruck: Viele verstehen die Bedeutung des Rohstoffs personenbezogener Daten nicht, weil sie die Bedeutung an einzelnen Telefonaten, Mails, Recherchen festmachen, nicht aber an deren Zusammenführung zu einem Abbild der Persönlichkeit. Wie sehen Sie das?

WM: Würden die Daten über unsere eigene Person, ihr Verhalten und jede ihrer Entscheidungen Stunde für Stunde dokumentiert, auf Papier festgehalten und täglich von einem Boten abgeholt, so würde jedem Menschen rasch bewusst, was und wieviel über ihn

da gerade seine Privatsphäre verlässt. Dieses "Abholen" findet aber permanent und unbemerkt statt; wir sehen den Transfer unserer Daten nicht mit eigenen Augen. Deshalb blenden ihn viele Menschen aus. Während die Wirtschaft sehr gut versteht, welche Auswirkungen es hat, wenn Daten aus ihrem Forschungs- oder Produktionsbereich gestohlen werden, durchschaut die Privatperson den oft von ihr selbst ermöglichten Datendiebstahl nicht. Aber auch durch diesen kann neben dem Schaden für den Einzelnen Wirtschaftskraft zerstört werden, weil es bei der Verhaltensbeobachtung auch um Kreativität geht.

Es kommt aber noch etwas Gravierendes hinzu: Verhaltensdaten können bewertet werden. Geht man bei Rot über die Straße, könnte das bewertet werden. Auch eine politische Meinungsäußerung könnte als verdächtig eingestuft werden. China liefert ein abschreckendes Beispiel dafür, wie sich das Scoring System auswirken kann.

SB: Einer Studie des Bundesjustizministeriums zufolge gibt es Scoring auch in Deutschland und wird z.B. von Banken und Versicherungen praktiziert.

WM: Banken und Versicherungen interessieren sich sehr für manche unserer Daten und machen von deren Analyse z.B. Kreditvergaben oder Versicherungskonditionen abhängig. Das beschädigt das Vertrauen nicht nur in diese Branchen, sondern auch in den Staat, der das Scoring nicht verhindert.

SB: Sie haben an anderer Stelle davon gesprochen, dass die Digi-

talisierung in der Konsequenz die Privatsphäre des Menschen völlig auflösen und ihn zu einer Ameise machen wird. Erläutern Sie bitte diesen Vergleich.

WM: Die Ameise tut das, was ihr genetisch als Teil des Ameisenstaates vorgegeben ist. Der Mensch stellt sich seine Aufgaben selbst. Dazu benötigt er aber eine Privatsphäre, in der er ungestört kreativ sein und seine Entscheidungen unbeeinflusst fällen kann. Um eine vorgegebene Aufgabe - z.B. im Arbeitsprozess zu lösen, bedarf es dieser Privatsphäre nicht, zur Entfaltung seiner Kreativität jedoch benötigt der Mensch ungestörte Entwicklungszeit. Wenn er die nicht hat, führt er am Ende nur noch aus; er wird unter Bedingungen der totalen Digitalisierung zur Ameise.

SB: Ungestört auch durch Vorauswahl von Rechercheergebnissen im Internet, wenn ich Sie richtig verstehe?

WM: Ungestört und nicht fremd gesteuert durch die sogenannte Profilbildung, die die Auswahlmöglichkeiten und damit auch die Entscheidungsmöglichkeiten und so automatisch die Kreativität beschränkt; man bewegt sich dann nur noch in der eigenen Blase.

SB: Ich erinnere mich an einen Text von Ihnen, in dem Sie von Diebstahl und volkswirtschaftlichem Raub sprechen, der die wirtschaftliche Kraft eines Staates zerstören kann. Die gleichen Unternehmen, die die Digitalisierung vorantreiben, zerstören die wirtschaftliche Kraft des Staates? Das müssen Sie erklären.

WM: In einer neoliberalen Marktwirtschaft sind globale Konzerne

gleichzusetzen mit fremden Staaten. Sie treten in Konkurrenz zu Nationalstaaten und ihren Bürgern. Wenn der Datenrohstoff von diesen globalen Konzernen gestohlen wird, ist die Schädigung der Bürger Deutschlands oder eines anderen einzelnen Landes ja kein Thema für die Diebe. Da besteht also kein Interessenkonflikt. Hinzu kommt: Je weniger demokratisch ein Staat ist oder schrittweise wird, je weniger vertritt er noch die Interessen der eigenen Bürger. Die Vertretung von Interessen der Bürger durch eine Regierung ist ja nicht automatisch gegeben, sondern durchaus offen.

SB: Welche Bedeutung haben bei der Steuerung der Digitalisierung aus Ihrer Sicht der Deutsche Ethikrat, Ethik-Kommissionen an Universitäten und Ethik-Beauftragten in Unternehmen?

WM: Ich habe kein Vertrauen in solche Kommissionen. Ich glaube nicht, dass die totale Digitalisierung durch Ethikräte oder -kommissionen verhindert wird. Es fehlt an Demokratie und ethischem Bewusstsein in unserer Gesellschaft. Ethik-Kommissionen sollen wie ein Beruhigungsmittel auf die Bürger wirken. Sie sollen den Eindruck erzeugen, da sei jemand mit großer Expertise, der die Dinge in die richtigen Bahnen lenkt, die Digitalisierung so steuert, dass Datenmissbrauch und andere negative Effekte nicht eintreten können. Aber das findet nicht statt, kann zum Teil auch gar nicht mehr stattfinden, allein als Folge der Privatisierung der Wissenschaft.

Digitalisierung als ein technisches Hilfsmittel könnte in

großem Umfang zur Lösung von Menschheitsproblemen beitragen. Das hat aber nichts mit der totalen Digitalisierung zu tun, die derzeit nicht nur bei uns stattfindet. Daran ändern auch Ethik-Kommissionen nichts. Um Menschheitsprobleme zu lösen oder mindestens ernsthaft anzugehen, muss das politisch gewollt sein. Dieser Wille fehlt, wie man auch an der Besetzung der Kommissionen sieht.

Hinzu kommt: Es findet auch eine Digitalisierung der ethischen Werte statt. Sie dienen ja eigentlich als Richtschnur dafür, was gut und richtig, vertretbar und/oder erstrebenswert ist. Wenn man diese Werte digitalisiert, landet man bei den Bewertungen, bei Evaluationen, knappen Statistiken. Jede Leistungsmessung findet heute durch Evaluierung statt. Das hat mit dem ethischen Vorgang der verantwortlichen Einschätzung der Dinge/Prozesse nichts mehr zu tun. Der Ethikrat müsste eigentlich die Digitalisierung ethischer Werte verhindern, aber das tut er nicht. Er schaut bestenfalls auf Verträglichkeit, mildert Effekte ggf. ab. Gewissensentscheidungen trifft der Mensch aber mit seiner ganzen Person, all seinen Eigenschaften. Das sind komplizierteste Abwägungen. Es gibt keinen Algorithmus dafür. Genau deshalb gibt es die Ethik. Wenn ich anfangs, ethische Werte zu digitalisieren, vernichte ich die Ethik genau an dem Punkt, an dem es darauf ankäme sie hochzuhalten. Die von Ihnen angesprochenen Gremien haben aus meiner Sicht nur eine Feigenblattfunktion.

SB: Noch vor ca. 10 Jahren gab es weltweit (auch unter Linken)

die Hoffnung, die Digitalisierung würde Demokratie- und Protestbewegungen stärken und hätte so etwas wie ein revolutionäres Potenzial. Das hat sich - abgesehen von der Klimabewegung - m.E. nicht bestätigt. Oder halten Sie es für möglich, dass die Digitalisierung auch Chancen für soziale und politische Kräfte eröffnet und dadurch ein sozialdemokratisches oder, wenn Sie wollen, auch sozialistisches Projekt eine neue Chance bekommt?

WM: Gegenfrage: Glauben Sie, dass China sich durch Digitalisierung zur Demokratie entwickelt? Ist China der Demokratie durch

Wohlstand überhaupt näher gekommen? Warum sind denn alle sozialistischen Projekte auf dem südamerikanischen Kontinent wie auch überall sonst auf der Welt gescheitert? Es wird immer wieder übersehen, dass jede Technik politisch gelenkt werden kann - in die eine oder die andere Richtung. In der Tat gibt es neue Möglichkeiten der Vernetzung - siehe Klimabewegung oder den seinerzeit euphorisch begrüßten Arabischen Frühling. Aber was ist daraus geworden? Die Möglichkeiten des Staates aber auch der großen Think Tanks, auf solche Bewegungen einschränkend zu reagieren, sind groß. Denken Sie nur an die Diffa-

mierungen von Greta Thunberg, an die privaten Institute, die Klimawandel-Verleugner mit zweifelhaften Argumenten versorgen usw.

Ich schließe nicht aus, dass mit technischen, digitalen Mitteln ein gesellschaftlicher Prozess angestoßen wird. Er ist aber zum Scheitern verurteilt ist, wenn er nicht zugleich von ganz anderen gesellschaftlichen Kräften gespeist wird. Sonst können solche Bewegungen nicht zu dauerhaftem Erfolg führen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/sozial/report/sori0047.html>

---

## POLITIK / REDAKTION / ASIEN

---

### Manila - im Vorfeld der Verteilungskämpfe ...

*(SB) 21. Februar 2020* - In den Beziehungen zwischen Manila und Washington herrscht eine schwere Krise, seit am 11. Februar die Philippinen das Visiting Forces Agreement (VFA) mit den USA aufgekündigt haben. Der formelle Austritt tritt in sechs Monaten in Kraft, sofern nicht bis dahin die US-Regierung die philippinischen Verbündeten zur Rücknahme der drastischen Maßnahme bewegen kann. Ohne das VFA, in dessen Rahmen die USA seit 1998 Soldaten auf die Philippinen zu Ausbildungs- und Manöverzwecken entsenden und dadurch mittels Rotation mehrere tausend Mann dort ständig stationiert haben, werden die Amerikaner ihre Militärpräsenz in der Inselrepublik erheblich abbauen müssen.

Hintergrund der drastischen Abkühlung des amerikanisch-philippinischen Verhältnisses ist die zunehmend aggressivere Haltung der USA gegenüber der Volksrepublik China. Die meisten Philipiner stehen der Aussicht, ihr Land könnte zum Austragungsort eines heißen Krieges zwischen den beiden Supermächten werden, absolut ablehnend gegenüber. Doch seit Donald Trump im Weißen Haus residiert, steigt die Gefahr eines amerikanisch-chinesischen Militärkonflikts unaufhaltsam an. Während der New Yorker Baulöwe seit 2017 einen schweren Handelskrieg mit der Volksrepublik vom Zaun gebrochen hat und die chinesische IT-Branche zu schwächen versucht, führen US-Marine und -Luftwaf-

fe im Südchinesischen Meer regelmäßig provokante Manöver durch, um den Ansprüchen Peking in der Region entgegenzutreten. Stets behaupten US-Diplomaten, Washington gehe es mit jener Aktionen um die Durchsetzung der "Navigationsfreiheit" im Südchinesischen Meer. Tatsächlich aber sind es die USA, die im Rahmen der Eindämmungsstrategie gegenüber China, an der Südkorea, Japan, Taiwan, Indien und Singapur beteiligt sind, die für den Kriegsfall eine Seeblockade der Volksrepublik vorbereiten.

Als US-Außenminister Mike Pompeo in einer betont martialischen Rede anlässlich eines Besuchs in Manila im vergangenen März den Ausbau chinesischer

Inseln und Riffe im Südchinesischen Meer durch die Volksarmee aufs heftigste verurteilte und dabei versprach, die USA würden gemäß ihrer militärischen Beistandsverpflichtungen aus dem Jahr 1951 die Philippinen vor einem Überfall des nördlichen Nachbarstaats schützen, löste dies bei den Gastgebern blankes Entsetzen aus. Um die eigene Bevölkerung zu beruhigen, hat daraufhin der philippinische Verteidigungsminister Delfin Lorenzana eine sofortige Überprüfung des Mutual Defense Treaty (MDT) auf seine möglichen Risiken angeordnet.

Im Januar nahmen die Beziehungen eine dramatische Wende zum Schlechteren. Auslöser war die Weigerung des State Department in Washington, dem philippinischen Senator Ronald dela Rosa ein Einreisevisum zu erteilen. Dela Rosa ist ein enger politischer Verbündeter von Präsident Rodrigo Duterte. Der ehemalige Polizeichef der Stadt Davao, wo Duterte selbst früher Bürgermeister war, hat von 2016 bis 2018 die extrem drakonische Antidrogenpolitik des Präsidenten umgesetzt. Kritiker machen dela Rosa deshalb für schwere Menschenrechtsverletzungen und polizeiliche Vergehen - darunter die außergerichtliche Hinrichtungen unzähliger mutmaßlicher Drogenkrimineller - verantwortlich.

In Reaktion auf das Einreiseverbot Washingtons für dela Rosa hat Duterte am 29. Januar allen seiner Kabinettsmitgliedern und höheren philippinischen Beamten Besuche in den USA offiziell untersagt und dies unter ausdrücklichem Hinweis auf das letztes Jahr vom Kongreß in Washington ver-

abschiedete Global Magnitzky Act mit der möglichen Verhaftung durch übereifrige FBI-Beamte begründet. Vor der Presse erklärte Duterte, er selbst habe die Einladung des Weißen Hauses, am US-Association of Southeast Asian Leaders Summit teilzunehmen, der für den 4. März geplant ist, aus "strategischen, geopolitischen Erwägungen" ausgeschlagen. Kein Vertreter Manilas werde an dem nicht explizit, aber unterschwellig gegen China gerichteten Gipfeltreffen in der Zockerhöhle von Nevada teilnehmen, gab Duterte bekannt und drohte im selben Atemzug mit dem Ausstieg der Philippinen aus dem VFA. Am 12. Februar hat letztlich Außenminister Teodoro Locsin jun. die Umsetzung der Drohung in Form einer entsprechenden Depesche an die US-Botschaft in Manila bekanntgegeben.

In Washington fielen die Reaktionen auf den Entschluß der Duterte-Regierung unterschiedlich aus. Präsident Trump, der häufig das militärische Engagement der USA in Übersee als überzogen und zu kostspielig kritisiert, zeigte sich unbeeindruckt. Die Entscheidung der Philippinen spare den USA Geld und sei von daher prinzipiell zu begrüßen; die Menschen dort wüßten selbst am besten, wie die Sicherheit ihres Landes zu gewähren sei, so Trump. Dagegen machte sich bei der außenpolitischen Elite Konsternierung breit. Duterte begeben sich in die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit Pekings; Washington dürften nicht zulassen, daß ein so strategisch wichtiges Land wie die Philippinen, um die die USA seit 1898 mehrere blutige Kriege geführt hätten, zum Vasallenstaat Pekings werde. So in etwa klang

die Kritik in den US-Medien seitens befragter Politiker und Asienkenner.

Mark Esper dagegen gab sich entspannt. Gegenüber Reportern meinte der US-Verteidigungsminister, im Pentagon habe man nun 180 Tage, um mit den philippinischen Kollegen zu diskutieren, die wahren Gründe für den Entschluß zu erfahren und eine mögliche Kompromißlösung zu finden. Er lasse sich "nicht aus der Ruhe" bringen, in den kommenden Monaten stünden zwischen Washington und Manila "intensive Gespräche" bevor, sagte der ehemalige Raytheon-Lobbyist zuversichtlich. In den USA meint man aus der Kritik Dutertes, die Amerikaner würden nach dem Militärmanöver ihr teures Kriegsgerät wieder nach Hause nehmen und nichts davon in den Philippinen zurücklassen, einen Ansatz herausgehört zu haben, den man als Angelpunkt verwenden kann. Man hofft, durch die Aussicht auf qualitativ hochwertige Rüstungsgeschenke den heißköpfigen Präsidenten der Philippinen doch noch umstimmen zu können. Nebenbei aktiviert Washington die pro-amerikanischen Freunde im Parlament und beim Militär der Philippinen, um die bisher enge verteidigungspolitische Zusammenarbeit fortsetzen zu können. Für den Fall, daß sich eine rasche Einigung mit Manila nicht erzielen läßt, sorgen die USA rund um das Südchinesische Meer bereits vor - unter anderem durch den Ausbau Singapurs zu einer regelrechten Militärfestung an der Malakka-Straße sowie durch die Wiederinbetriebnahme der sich seit 1945 im Dornröschenschlaf befindlichen Hafenanlage auf Manus Island im Norden Papua-Neuguineas.

## **Syrien - Kulminationspunkt für einen internationalen Krieg ...**

*Wir werden Idlib nicht aufgeben und dem Regime überlassen, das nicht dazu imstande ist, die Entschlossenheit der Türkei in dieser Angelegenheit zu erfassen (...). Wir werden es unter keinen Umständen zulassen, dass wir eine Extralast schultern, die die Entwicklungen in der Region unserem Land aufbürden. Wir sind entschlossen, Idlib zu jedem Preis sicher für seine Bewohner und die Türkei zu machen.*

Recep Tayyip Erdogan in einer Rede vor der AKP-Fraktion [1]

(SB) 21. Februar 2020 - Der türkische Angriffskrieg in Syrien mittels islamistischer Hilfstruppen wie auch regulärer Streitkräfte verschränkt eine Reihe innen- und außenpolitischer Ziele des Regimes zu einem Eroberungs- und Vernichtungszug, der sich in zunehmendem Maße den Rückweg abgeschnitten hat. Erdogan, so steht zu befürchten, wird in bedrängter Lage wie immer die Flucht nach vorn antreten und die nächstgrößere Grausamkeit exekutieren, da er nur um den Preis seines Untergangs zulassen kann, den Würgegriff um oppositionelle Bestrebungen zu lockern und für seine Taten zur Rechenschaft gezogen zu werden. Sein nationalistischer, rassistischer und repressiver Entwurf hausiert mit der imperialistischen Vision, die Türkei von einem Schwellenland in den Rang der führenden Regionalmacht zu katapultieren, die offensiv und eigenständig zwischen den Großmächten navigiert.

Dieser Lesart zufolge endet die Türkei nicht an den aktuellen Landes-

grenzen, sondern schließt Gebiete in Syrien, im Nordirak, in der Ägäis, auf dem Balkan wie auch im Mittelmeer, wenn nicht gar in Libyen ein, die dem osmanischen Reich oder der türkischen Republik geraubt worden seien. Das sind keine bloßen Hirngespinnste eines revan-chistischen Geistes, sondern längst in Angriff genommene "Korrekturen" des beanspruchten Territoriums, wie die Präsenz in Syrien, die Offensive auf See oder die Intervention im libyschen Konflikt zeigen.

Ein zentrales Moment in den strategischen Plänen des Regimes ist die Verfolgung, Vertreibung und kulturelle Vernichtung kurdischer Existenz im eigenen Land, im Nordirak und in Syrien. Dabei geht es im Kern darum, den kurdischen Widerstand zu brechen und eine gesellschaftliche Entwicklung zu zerstören, die in vielfacher Hinsicht einen Gegenentwurf zu dem auf die aggressive Spitze getriebenen Türkentum Erdogans darstellt, mit dem dieser die Widersprüche der Klassengesellschaft mittels einer völkisch-religiösen, protofaschistischen und kriegstreibenden Agenda zugunsten konsolidierter Herrschaft vorantreiben will.

Der Expansionismus ist natürlich auch ökonomischen Erwägungen geschuldet, da die Energieversorgung der Türkei in hohem Maße von Importen abhängt. Daher stehen die beanspruchten Vorkommen von Erdöl und Erdgas im Mittelmeer wie auch das Vorhaben, zur

regionalen Drehscheibe der Weiterleitung russischer Lieferungen zu werden, im Zeichen angestrebter Unabhängigkeit des türkischen Energiesektors. Darunter fällt auch der Bau eines Kernkraftwerks und damit perspektivisch die Verfügung über Atomwaffen, die Erdogan, vorerst noch als Drohgebärde, durchaus ins Gespräch gebracht hat.

Wie jede Kriegsführung stellt auch die türkische zudem einen Versuch dar, sowohl die Krise des einheimischen Kapitals als auch wachsenden Widerstand einer unter sozialem Druck stehenden Bevölkerung offensiv aus dem Feld zu schlagen. Erdogan verdankte die beträchtliche Zustimmung der Wählerschaft im Zuge seines Aufstiegs zur Macht des Präsidialsystems in hohem Maße der größtenteils unzutreffenden Propaganda, er habe den Lebensstandard insbesondere der einfachen Leute beträchtlich angehoben. Was als wachsender Wohlstand tatsächlich eintrat, war eine Folge rasanten Wirtschaftswachstums, das aus befristeten Quellen des Schwellenlandes gespeist war, das sich als Rohstofflieferant oder Werkbank der höherentwickelten Industriestaaten verdingte wie auch das Strohfeuer ungezügelter Bauwirtschaft anheizte. Erdogan setzte sich als guter Sultan in Szene, der paternalistisch Geschenke an sein Volk verteilt. Daß es sich dabei nicht so sehr um Sozialleistungen oder Infrastruktur an der Basis, als vielmehr monströse Großprojekte über, auf und unter dem Bosphorus,

gigantische Kanäle, triumphale Moscheen und nicht zuletzt einen überdimensionierten Präsidentenpalast handelte, nahmen viele Menschen unter der trügerischen Annahme in Kauf, der Herrscher gebe ihnen auf imposante Weise ihre Würde und Ehre zurück.

Die systemischen Schwächen der nationalen Ökonomie wie auch die internationalen Krisen der Kapitalverwertung ließen die Türkei nicht ungeschoren. In immer schnellerer Taktfolge häuften sich Hiobsbotschaften, das Land stehe am Abgrund einer Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Talfahrt bekamen zuerst und vor allem die ärmeren Bevölkerungsteile zu spüren, was die Regierung mit verbilligten Grundnahrungsmitteln zu kaschieren versuchte und allenfalls notdürftig kompensieren konnte. So schien es nur eine Frage der Zeit zu sein, bis Erdogans Rückhalt schwände und er mit legalistischen Mitteln aus dem Amt entfernt werden könnte.

Die Opposition witterte Morgenluft und gewann die Kommunalwahlen in den größeren Städten, insbesondere aber in Ankara und Istanbul. Möglich gemacht hatte diese vermeintliche Wende die Popularität des kemalistischen Kandidaten, vor allem aber die Bereitschaft der prokurdischen HDP, zugunsten der CHP auf eigene Kandidaturen zu verzichten und so die oppositionellen Stimmen zusammenzufassen. Die weit verbreitete Hoffnung, damit sei Erdogans Ende eingeläutet, erwies sich als trügerisch, da sie der Gewaltbereitschaft des Präsidenten und seinen Machtmitteln nicht Rechnung trug, aber auch den Zusammenhalt der Opposition überschätzte. Als Erdogan zum Feldzug gegen Afrin rief, um die kurdischen

Errungenschaften zu zerschlagen und den Keil tiefer zwischen die nordsyrischen Autonomiegebiete zu treiben, waren die Kemalisten Feuer und Flamme. Der Krieg eint das Volk, oder besser gesagt jene Teile der Bevölkerung, die dieses Konzept für sich reklamieren, weil sie ihr Heil in der Unterwerfung jeglicher Minderheiten und benachbarter Völkerschaften sehen.

So gelang es Erdogan mittels der Kriegszüge, seine Schwäche an der Heimatfront wettzumachen. Wenn gleich er auch dabei repressiv zu Werke ging und jede Kritik an diesem Feldzug unter das Terrorverdikt stellte, war es doch vor allem die Bereitschaft der Kemalisten, nach ihrem Wahlsieg mit Hilfe der HDP der kurdischen Bevölkerung umgehend in den Rücken zu fallen, die das Regime wieder in die Offensive brachte. Wer fragt heute noch, ob die armen Leute in Istanbul und anderswo genug zu essen haben oder was Polizei und Armee im Südosten des Landes treiben? Selbst das Schicksal Rojawas scheint inzwischen den westlichen Leitmedien keine Zeile mehr wert zu sein, die gebannt das vermeintliche Schachspiel der Mächte verfolgen, wie es einst Brzezinski als Herrschaftsdiskurs in die Welt gesetzt hat. Während alle zu Geostrategen werden, die mitwetten dürfen, was Erdogan, Putin, Assad und Trump an Zügen ausbrüten, fällt zwangsläufig unter den Tisch, die Kriege und Konflikte als Auseinandersetzungen in Klassengesellschaften und zwischen denselben aufzufassen und entsprechende Konsequenzen daraus zu ziehen.

Erdogans Truppen stehen im Nachbarland und fordern die syrische Armee ultimativ auf, sich aus Idlib zurückziehen, als handle es sich um

türkisches Territorium. Ankara unterstützt die schlimmste Sorte islamistischer Milizen, die der Bevölkerung die Scharia aufzwingen. Rund 900.000 Menschen sind vor den Kämpfen auf der Flucht und drängen sich unter extremsten Bedingungen an der Grenze zur Türkei zusammen, die sie nicht ins Land lassen will. Rußland warnt eindringlich vor einer militärischen Konfrontation, die den fragilen Burgfrieden von Astana endgültig zunichte machen würde. Recep Tayyip Erdogans Feldzug hat maßgeblich dazu beigetragen, diese Situation herbeizuführen, aus der es keinen Ausweg ohne katastrophale Konsequenzen zu geben scheint.

"Wollen wir hoffen, dass das schlimmste Szenario nicht Wirklichkeit wird", so der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow. "Wenn dies eine Operation gegen die legitime Regierung Syriens und der syrischen Streitkräfte ist, dann wird es definitiv das schlimmste Szenario sein."

Der türkische Machthaber hat Geister gerufen und gegeneinander ausgespielt, was ihn im osmanischen Größenwahn bestärken dürfte, er habe sie unter Kontrolle. Nun kann er auf die offene Waffengewalt nicht mehr verzichten und steht an der Schwelle, den notdürftig eingedämmten Stellvertreterkrieg in Syrien in die große Konfrontation zu treiben.

#### **Anmerkungen:**

[1] [www.heise.de/tp/features/Idlib-Erdogan-droht-mit-militaerischer-Aktion-4664295.html](http://www.heise.de/tp/features/Idlib-Erdogan-droht-mit-militaerischer-Aktion-4664295.html)

*<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/volk1766.html>*

REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Chile

### Angriffe auf die Erinnerungskultur

von Roland Gamarra\*

***Das Museum Violeta Parra in Santiago de Chile wurde in Brand gesetzt - offensichtlich von Menschen, die die soziale und liberale Ausrichtung eines solchen Museums verachten.***

*(Santiago de Chile, 17. Februar 2020, alainet)* - Das Museum Violeta Parra [1] ist eines der vorzeigbarsten Kulturzentren von Santiago und ganz Chile, besonders bei Jugendlichen beliebt und viel besucht. Doch Freitag Nacht, dem 7. Februar, wurde das Museum in Brand gesetzt. Offensichtlich wurde dieser Angriff von Menschen verursacht, die die demokratische, soziale und liberale Ausrichtung eines solchen Museums verachten - von Pinochet-treuen Gruppen, die mit Hilfe des Diktators mit eiserner Faust regiert hatten und seitdem, trotz der Wiedereinführung der Demokratie, aktiv und vor allem aggressiv sind.

Zwar führte das Feuer nicht zur Zerstörung der wertvollen Ausstellungsstücke und museographischen und künstlerischen Sammlung des Museums. Die Museumsleitung hatte die Ausstellungsstücke schon vor einiger Zeit aus Sicherheitsgründen an einen anderen Ort bringen lassen. Allerdings konnte nicht verhindert werden, dass das Feuer einen

Teil des Gebäudes zerstörte. Nach aktuellem Ermittlungsstand geht die Polizei davon aus, dass der Brand von einer organisierten Gruppe von zehn verummten Personen verursacht wurde, was alle Zweifel an einer Brandstiftung beseitigt. Was aussteht ist die namentliche Identifizierung der pinochetistischen Vandal\*innen.

Aber der Brand im Museum Violeta Parra ist nicht der einzige Fall, sondern nur der jüngste einer ganzen Reihe. Am 27. Dezember 2019 brannte das Centro de Arte Alameda [2], ein von chilenischen Jugendlichen viel besuchtes Kulturzentrum, in dem in mehreren Kinosälen Filme gezeigt wurden. Darüber hinaus war das Kulturzentrum ein wichtiger Anlaufpunkt für andere kulturelle Darbietungen.

**Angezündetes Kulturzentrum hatte Demonstrant\*innen versorgt**

Weniger als einen halben Block von der Plaza Italia entfernt, dem Hauptschauplatz der Proteste in Santiago in den letzten Monaten, hat das Centro de Arte Alameda das "Verbrechen" begangen, Menschen, die bei den Demonstrationen verletzt wurden, zu

versorgen. Folglich wurde es angezündet, und es ist klar, wer dafür verantwortlich ist. Der Verlust war in diesem Fall vollständig. Sowohl die Räume, als auch die filmischen und künstlerischen Archive, die über Jahre mühsam und liebevoll aufgebaut wurden, verbrannten zu Asche.

Das Brandstiftungen im Museum Violeta Parra und im Centro de Arte Alameda sind die gewagtesten und berüchtigtsten Aktionen einer systematischen Reihe brutaler Aggressionen gegen beliebte Kulturzentren. Sehr viele Angriffe aller Art richten sich gegen Orte und Zentren, die der Erinnerung an die Opfer der Diktatur von Augusto Pinochet im ganzen Land gewidmet sind. Gedenkstätten sind ein häufiges Ziel der Angriffe der "Mumien", der Ultrarechten, die bis heute die Morde und Folter gutheißen, die Pinochets Tyrannei zwischen 1973 und 1990 über ganz Chile verbreitete.

**CIDH zeigt sich besorgt**

Das Ausmaß der aktuellen Ereignisse wird auch von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission CIDH (Comisión Interamericana de Derechos Humanos) erwähnt, die gerade eine Un-

tersuchung in Chile durchgeführt hat. Die CIDH hat "ihre Besorgnis über wiederholte Angriffe auf Gedenkstätten in den verschiedenen Regionen Chiles" ausgedrückt und fordert den Staat auf, "diese Vorgänge zu untersuchen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Erhaltung dieser Räume zu gewährleisten".

Die CIDH weist darauf hin, dass "zwischen dem 18. Dezember 2018 und dem 19. Januar 2020 neun Vorfälle von Beschädigungen an Denkmälern in den Städten San Antonio, Osorno, La Serena, Concepción und Coquimbo registriert wurden, genauso wie das gewaltsame Eindringen und die Beschädigungen von Erinnerungsstätten in Santiago. Die Denkmäler, die errichtet wurden, um die während der chilenischen Diktatur begangenen schweren Menschenrechtsverletzungen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und die Opfer zu würdigen, wurden beschmiert. In verschiedenen Fällen nehmen die Inschriften Bezug auf rechtsextreme Gruppen oder drohen damit, dass "noch einige fehlen" und "noch mehr kommen".

Die CIDH fügt hinzu, dass "im Laufe des Jahres 2019 mindestens sechs weitere Angriffe auf Gedenkstätten in Santiago, Panguipuli, Antofagasta, Paine und in Pichoy, in der Region Los Ríos, registriert wurden". Der Charakter und das Muster dieser Taten sind klar, außer für diejenigen, die sich weigern, die Realität anzuerkennen. Es ist eine Terroroffensive der ultrarechten Pinochetisten, die damit beginnt, die Orte der Erinnerung zu zerstören und beispielhafte kulturellen Zentren zu verbrennen. Dies ist unerträglich und muss drastisch untersucht

und sanktioniert werden. Auf die Autor\*innen und Anstifter\*innen ist die ganze Härte des Gesetzes anzuwenden.

### **"Besorgniserregendes Szenario der Intoleranz"**

Joel Hernández, CIDH-Berichterstatter für Chile, erklärte: "Die wiederholten Angriffe auf die Gedenkstätten im Zusammenhang mit den Opfern der chilenischen Diktatur stellen ein besorgniserregendes Szenario der Intoleranz dar, das die Behörden genau im Blick haben sollten. Wir hoffen, dass der Staat die entsprechenden Maßnahmen ergreift, um festzustellen, ob die Angriffe miteinander in Zusammenhang stehen und wer die Verantwortlichen sind."

Bisher scheinen die Behörden jedoch nicht wahrzunehmen, dass hier eine Terroroffensive der extremen Rechten stattfindet. Bisher wurden keine Verdächtigen ermittelt oder festgenommen. Nur beim Brand des Violeta-Parra-Museums hat die Polizei zum ersten Mal eingesehen, dass es sich um Brandstiftung handelt, die "von einer Gruppe von zehn Vermummten" verursacht wurde, wie oben bereits erwähnt wurde. Nun, dann nimmt diese Idioten fest und hindert sie daran, das kulturelle Erbe zu zerstören und zu versuchen, die Bevölkerung zu terrorisieren.

Die rechten Terroristen werden niemals in der Lage sein, die Menschen zu unterwerfen, die sich widersetzen und es schließlich schaffen, Pinochet loszuwerden. Die Erinnerungen, die den Opfern der Tyrannei gewidmet sind, verschwinden nicht mit der Asche und werden wie ein Phönix

aufstehen. Denn es sind diese Menschen in Chile, die heute darum kämpfen, ihre Gesellschaft zu verändern, um sie fairer und solidarischer zu gestalten.

\* Ronald Gamarra [3] ist Jurist. 2008 bis 2010 war er Generalsekretär der Nationalen Koordinationsstelle für Menschenrechte in Peru [4]. Er leitete die Ermittlungen zu Korruption und Menschenrechtsverletzungen, die während der Diktatur von Alberto Fujimori (1992-2000) begangen wurden.

### **Anmerkungen:**

[1] <https://museovioletaparra.cl/>

[2] <https://centroartealameda.cl/>

[3] [https://de.wikipedia.org/wiki/Ronald\\_Gamarra](https://de.wikipedia.org/wiki/Ronald_Gamarra)

[4] [https://es.wikipedia.org/wiki/Coordinadora\\_Nacional\\_de\\_Derechos\\_Humanos](https://es.wikipedia.org/wiki/Coordinadora_Nacional_de_Derechos_Humanos)

### **URL des Artikels:**

<https://www.npla.de/thema/memoria-justicia/angriffe-auf-die-erinnerungskultur/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

### **Quelle:**

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:  
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0431.html>

## Glyphosat - Kosten für die Erben ...

(SB) 21. Februar 2020 - Glyphosat und andere Pestizide sind nicht das einzige giftige Erbe, das Monsanto in die Ehe mit Bayer eingebracht hat, der US-Konzern ist auch für eine Reihe chemikalienverseuchter Gebiete, sogenannter Superfund-Stätten, verantwortlich. Bereits der Abbau von Grundsubstanzen wie Phosphor für die Glyphosatherstellung zeitigt ökotoxische Folgen, angefangen vom Auftürmen von Schlackehalden mit radioaktiven Substanzen über Quecksilberemissionen, von denen landwirtschaftliche Flächen belastet werden, bis zur Verseuchung von Grundwasser durch Selen, Fluoride, Nitrate und andere chemische Substanzen.

Das Produktionssystem der Grünen Gentechnik, in dem der Wirkstoff Glyphosat als Hauptbestandteil des weltweit am meisten eingesetzten Herbizids Roundup einen festen Platz einnimmt, kann einzig und allein deshalb mit anderen, sehr viel weniger schädlichen landwirtschaftlichen Produktionsmethoden konkurrieren, weil die Kosten zur Beseitigung der Schadensfolgen externalisiert, also der Gesellschaft aufgelastet werden. Würden sie dagegen eingerechnet, würde niemand Glyphosat kaufen, weil das Produkt zu teuer wäre.

Die größte Aufmerksamkeit hat das umstrittene Herbizid durch

seine Verwendung errungen. In den USA wurde eine Klagewelle gegen Monsanto - nunmehr Bayer - losgetreten. Mehr als 42.000 Personen erheben einen Rechtsanspruch auf Entschädigung von Bayer.

Breiter bekannt wurde die Problematik der Umweltschäden, die bereits bei der Glyphosatproduktion entstehen, vor zwei, drei Jahren im Zuge der Übernahmevorbereitungen von Monsanto durch Bayer. Damals war auch zuvor unter Verschluss gehaltener E-Mailverkehr zwischen dem US-Unternehmen und der Umweltschutzbehörde EPA veröffentlicht worden. Bart Elmore, Assistenzprofessor für Umweltgeschichte an der Staatsuniversität von Ohio und Carnegie Fellow der Denkfabrik New America, schrieb am 1. April 2017 für das Dissent Magazine über "Monsanto's Superfund Secret". [1]

Der Umwelthistoriker hat die Anfänge der Glyphosatherstellung ab den 1950er Jahren beleuchtet. Damals betrieb die Monsanto-Tochter P4 Production LLC eine Phosphatmine nahe des Städtchens Soda Springs im Bundesstaat Idaho, im Nordwesten der USA gelegen. Glyphosat enthält 18,3 Massenprozent des Elements Phosphor, was ganz nebenbei auch dazu geführt hat, daß das Herbizid

mancherorts zur Überdüngung beiträgt. Denn als Bestandteil des Wirkstoffs wurden seit 1974 weltweit 18,3 Milliarden Kilogramm auf die Felder gesprüht, und da in manchen Regionen eine Übersättigung mit Phosphor stattgefunden hat, wird das Element in die Gewässer gespült. Zwar sei die Gesamtmenge verglichen mit Phosphor aus der Düngung gering, dürfe aber inzwischen aufgrund des wachsenden Gebrauchs von Glyphosat nicht vernachlässigt werden, heißt es in einer kanadischen Studie aus dem vergangenen Jahr. [2]

Im folgenden soll es jedoch weder um Überdüngung noch um den Einsatz von Glyphosat gehen, sondern um dessen Herstellung. In seinem Bericht schildert Elmore, was er beim Besuch des Monsanto-Werks in Idaho beobachtet hat:

"Ich suchte es im letzten Sommer auf und war erschrocken über das, was ich dort sah. Gegen 21.00 Uhr stand ich außerhalb eines Stacheldrahtzauns und beobachtete, wie im Abstand von etwa 15 Minuten Lastwagen eine radioaktive Schmelze über den Rand eines rasch wachsenden Bergs von Abraum abgekippt haben. Der Nachthimmel war hell erleuchtet. Nur wenige Dutzend Meter entfernt grasten im Lichtschein

der glutflüssigen Schlacke Pferde auf einer Weide. In der Ferne wogen Gerstenfelder für das Bier von Budweiser."

Zur Phosphorgewinnung wird phosphathaltiges Gestein abgebaut und erhitzt. Es entsteht eine Schmelze, die radioaktive Partikel enthält. Jahrelang hatte Monsanto die erkaltete Schlacke an die Menschen in Soda Springs und dem benachbarten Pocatello verkauft. Dort wurde das Material für den Bau von Häusern oder das Pflaster von Auffahrten verwendet. Erst in den 1980er Jahren führte die US-Umweltschutzbehörde radiologische Messungen durch und warnte die Menschen vor dem Risiko einer erhöhten Exposition mit Gammastrahlen. Mache man weiter wie bisher, lautete das Untersuchungsergebnis, läge die Wahrscheinlichkeit, binnen vier Jahrzehnten an Krebs zu erkranken, in Pocatello bei 1 zu 2500 und in Soda Springs bei 1 zu 700.

So ein vermögens- und profitmindernder Befund kam weder bei Monsanto noch den Grund- und Hausbesitzenden gut an. Letztere befürchteten einen Wertverlust ihrer Liegenschaften. Was also tun? Als sei die anfängliche Analyse nicht genug, ließ die EPA weitere Studien durchführen, die das Ergebnis relativierten. Nichtsdestotrotz haben der Bürgermeister von Soda Springs und der Stadtrat den Verkauf der Schlacke an die Gemeindemitglieder verboten.

Elmores Erkundigungen bei einem Experten zufolge soll die Radioaktivität der Schlacke zwar nicht die zulässigen Grenzwerte überschreiten, allerdings hat die

Phosphorous Slag Technical Work Group, eine technische Arbeitsgruppe, die sich mit der phosphorhaltigen Schlacke befaßt und der unter anderem Monsanto und die EPA angehörten, den Hausbesitzerinnen und -besitzern von Soda Springs geraten, im Falle einer gefährlichen radioaktiven Kontamination in Erwägung zu ziehen, "weniger Zeit im Keller zu verbringen". [3]

Ganz so harmlos kann das nicht gewesen sein. Ähnliche Umweltvergehen Monsantos, die nichts mit Glyphosat oder der Grünen Gentechnik zu tun haben, liefen stets nach dem gleichen Muster ab: Erst vergiften, dann vertuschen, verschleiern und verharmlosen und am Ende eventuelle Klagen verschleppen.

1990 war das Monsanto-Werk, das einen so hohen Energieverbrauch wie Kansas City mit seiner Bevölkerungszahl von 150.000 hat, von der US-Umweltschutzbehörde zur Superfund-Stätte erklärt worden. Die Gifte sollten beseitigt und entsorgt werden. Neben Phosphatresten betrifft das unter anderem Cadmium, Selen und Radium. Vor sieben Jahren erklärte die EPA, daß weiterhin besorgniserregende Substanzen ins Grundwasser wanderten und daran in absehbarer Zeit nichts zu ändern ist.

Die Quecksilberemissionen des Werks liegen über den von der Obama-Regierung verhängten Grenzwerten. Die drei in der Nähe von Soda Springs liegenden Monsanto-Minen Ballard, Henry und Enoch Valley wurden ebenfalls als Superfund-Stätten deklariert. Insbesondere Selen gilt - in dieser hohen Konzentration - als

gefährlich. Rund 600 sogenannte Nutztiere wie Pferde, Rinder und Schafe sind gestorben, weil sie selenhaltiges Wasser gesoffen oder selenkontaminierte Pflanzen gefressen hatten, berichtete die US-Rechnungshof GAO (Government Accountability Office). Nicht alle Fälle waren Monsanto zuzuschreiben, denn auch andere Unternehmen haben in der Region Phosphat abgebaut, aber der Agrochemiekonzern war darin federführend. [4]

Wer bezahlt die enorm hohen Kosten für die Beseitigung der Umweltchemikalien und die Renaturierungsmaßnahmen?

Hatten die US-Behörden früher noch einen nennenswerten Eigenanteil bei den Verursachern eingetrieben oder bestimmte Industriezweige mit Sondersteuern belegt, um die Sicherungsmaßnahmen der Superfund-Stätten zu finanzieren, werden ungefähr seit dem Jahr 2001 fast ausschließlich die Steuerzahlenden zur Kasse gebeten. Im Jahr 2020 sind in den Vereinigten Staaten von Amerika 1335 Standorte als Superfund-Stätten anerkannt. Der im März 2019 verabschiedete und zur Zeit noch geltende EPA-Haushalt sieht für Superfund-Aktivitäten 1,029 Milliarden Dollar vor. Das Geld fließt bei weitem nicht nur in die von Monsanto zu verantwortenden Schadensgebiete, aber eben auch. [5]

Wie gesagt, die Kosten werden von den Steuerzahlerinnen und -zahlern und nicht den Unternehmen eingetrieben. Aber wer zahlt die Steuern? Jedenfalls nicht die Superreichen! Sie verfügen über ein so großes Vermögen, daß einige von ihnen sogar eine Initia-

tive gestartet und an die Regierung in Washington appelliert haben, sie möge doch bitte die Steuern für sie erhöhen. [6] Die Superreichen sorgen sich um die Bewahrung des sozialen Friedens und befürchten, sie könnten alles verlieren, wenn sie nicht einen Teil von dem zurückgeben, was sie sich zuvor angeeignet haben.

Monsanto wirbt damit, daß es 1996 sowohl mit dem Presidential Award for Sustainable Development für seine "Pionierarbeit zu nachhaltigen Technologien" als auch mit dem Presidential Green Chemistry Challenge Award für umweltbewußte Systeme bei der Herstellung von glyphosathaltigen Herbiziden ausgezeichnet wurde. [7] Die "superfundmäßigen" Umweltschäden aus der Glyphosatherstellung zeigen, daß hier offensichtlich der Bock für die Gartengestaltung ausgezeichnet wurde.

Und es geht weiter: Der Monsantonachfolger Bayer hat beim Bureau of Land Management (BLM) einen Antrag zur Eröffnung einer neuen Phosphatmine in Caldwell Canyon, nördlich von Soda Springs, gestellt. [8] Da die alte Mine erschöpft ist, setzt Bayertochter P4 Production LLC darauf, dort ab 2023 mit der Produktion von Phosphor beginnen zu können. Es soll die umweltfreundlichste Mine des Landes und auf keinen Fall eine neue Superfund-Stätte werden, verspricht das Unternehmen Bayer ...

#### Anmerkungen:

[1] [https://www.dissentmagazine.org/online\\_articles/monsanto-](https://www.dissentmagazine.org/online_articles/monsanto-)

roundup-production-superfund-sites-radioactive

[2] Im vergangenen Jahr berichteten Marie-Pier Hébert und ihre Kollegen vom Department of Biology der McGill University in Montréal in "Frontiers in Ecology and the Environment" der Ecological Society of America, daß Phosphor aus dem Versprühen von Glyphosat ein vernachlässigter Faktor bei der Umweltbewertung von Überdüngung ist. Zwischen 1993 und 2014 habe sich die durchschnittliche Menge an Phosphor, die mit diesem Herbizid auf die Felder gesprüht wird, von 1,6 auf 9,4 kg/km<sup>2</sup> versechsfacht. Bei Feldern, auf denen besonders viele glyphosatresistente Pflanzen wachsen, schoß der Wert sogar auf 20 kg/km<sup>2</sup> empor. <https://esajournals.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.1002/fee.1985>

[3] <https://siphidaho.org/comhealth/slag.php>

[4] <https://civileats.com/2019/06/24/roundups-other-problem-glyphosate-is-sourced-from-controversial-mines/>

[5] <https://www.epa.gov/sites/production/files/2019-03/documents/fy-2020-epa-bib.pdf>

[6] <https://www.welt.de/wirtschaft/article195830249/Besteuert-uns-staerker-US-Milliardaere-fordern-hoehere-Steuern-fuer-Superreiche.html>

[7] [https://monsanto.com/app/uploads/2017/06/back\\_history.pdf](https://monsanto.com/app/uploads/2017/06/back_history.pdf)

[8] <https://civileats.com/2019/06/24/roundups-other-problem-glyphosate-is-sourced-from-controversial-mines/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umge-320.html>

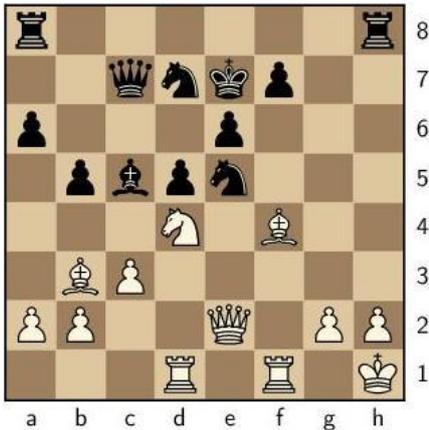
## SCHACH - SPHINX

### Ein ungemein redelustiges Völkchen

(SB) - Trotz aller Verbissenheit am Brett pflegen Schachspieler untereinander zuweilen lebenslange Freundschaften. Es ist dies ein ehrenhafter Charakterzug, durch nichts zu erschüttern. Ein Matt kann nie kompromittieren, solange die Häme aus dem Spiel bleibt, und unter erwachsenen Menschen mit derselben Leidenschaft gibt es Werte und Erfolge, die abseits der Turnierresultate stehen. Es ist kaum bekannt und sorgt oft für Verwunderung, wenn man es erwähnt, aber Schachspieler sind ein ungemein redelustiges Völkchen. Im umgekehrten Verhältnis zum Schweigen am Brett steht hinterher beim gemeinsamen Analysieren der Mund nicht still. Über hunderttausend Kleinigkeiten werden dann diskutiert, die Nuancen, die zu einer Zugescheidung führten, hervorgehoben, alle Problemfelder der jeweiligen Strategie erörtert. Wo viel geredet wird, lassen sich leicht Bande knüpfen, und das ist die eigentliche Wahrheit im Schach: Es ist eines der kontakt- und redefreudigsten Spiele, die sich denken lassen. Im heutigen Rätsel der Sphinx traten zwei Freunde im Leben als Kämpfer am Brett gegeneinander. Viel gab es hinterher zu besprechen, zumal Weiß mit einer hübschen Kombination den Sieg errang, Wanderer.

*Auflösung des letzten  
Sphinx-Rätsels:*

Mit dem Kopf gegrübelt und mit den Beinen nachgeholfen, fand



Nunn - Seirawan  
Toluca 1982

Weiß dann wie von selbst die unbestechliche Gewinnfolge: 1.d5-d6! Tg6xd6 - 1...Dd2xd6 und der Turm wird aufgespießt mit 2.Lc6-e4 - 2.Df3xf7! Td6xc6 - es drohte sonst 3.Lc6-e4+ mit Mattangriff - 3.Ta4-g4 und Schwarz streckte die Waffe, da das Matt nur durch 3...Dd2-g5 verhindert werden konnte.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07188.html>

Täglich eine neue  
Schach-Sphinx unter:

[http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip\\_schach\\_schach\\_schach-sphinx.shtml](http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml)

Liste der neuesten und  
tagesaktuellen Nachrichten ...  
Kommentare ... Interviews ...  
Reportagen ... Textbeiträge ...  
Dokumente ...

Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

## UNTERHALTUNG / PERRY RHODAN / ERSTAUFLAGE

*Inhaltliche Zusammenfassung von Perry Rhodan, Heft Nr. 3052*

### Terra

von Christian Montillon

Dyoversum, Solsystem, Terra, Luna, 25. September 1674 NGZ bis 11. November 2046 NGZ

Perry Rhodan ist mit Sichu Dorksteiger, Iwán/Iwa Mulholland und Farye Sepheroa mit der ORATIO ANDOLFI auf dem Weg nach Terra, um sich auf NATHANs Anweisung hin mit Rico zu treffen, dem mindestens 10.000 Jahre alten Roboter Atlans, der nach der Versetzung der Erde ins Dyoversum plötzlich wieder in Erscheinung getreten ist und dann zweiter Bürgermeister von Neu-Atlantis wurde. Ghizlane Madouni, die die Besucher mit ihrem Schiff zur Erde bringen soll, weist ihren Stellvertreter an, diesen Auftrag zu übernehmen, weil sie zusammen mit ihrem Sicherheitschef Torr Nishal dem Attentat, das auf Perry Rhodan und seine Begleiter - sie eingeschlossen - verübt worden ist, nachgehen will.

In diesem Zusammenhang kontaktiert sie Jindo Kubertin, den Kommandanten der Lunaren Flotte, mit dem sie einst eine Beziehung hatte. Aus TLD-Unterlagen weiß sie, daß etwa zwanzig Angehörige der Lunaren Flotte mit den Vanothen sympathisieren und erhofft sich Hinweise von Kubertin, wem dieser Zwanzig das Attentat zuzutrauen ist. Noch bevor er die Liste einsehen kann,

wird Alarm ausgelöst. Der einzige auf Luna verbliebene Onryone, ein eigentlich harmloser Eigenbrötler namens Eccpre Allocnar, hat einen Raumjäger gestohlen und fliegt Richtung OCHVR-UR, dem Flaggschiff der Topsider, auf dem Kommandantin Hokkno auf die Auslieferung Perry Rhodans wartet.

Auf der ORATIO ANDOLFI hört sich Mulholland telepathisch um, was die Besatzungsmitglieder möglicherweise über die Attentäter wissen. Etliche Mitglieder der Schiffssicherheit glauben, daß der Vano, der Anführer der Vanothen, der vor einiger Zeit auf dem Mars untergetaucht ist, dahinter steckt und vermutlich einem Plan folgt, der der Prophezeiung Jathao Vanoths zugrunde liegt, der die Ankunft Rhodans vorausgesagt hat. Die Sicherheitsleute gehen davon aus, daß der Vano viele Bereiche der Liga infiltriert und wahrscheinlich auch im Geheimdienst TLD Schläfer hat, die auf ihren Einsatz warten.

Am 11. November werden Perry Rhodan und seine Begleiter von Rico und der ersten Bürgermeisterin von Neu-Atlantis, der Arkonidin Xaphia da Zavaron, empfangen. Sie treffen mit der Residentin Orfea Flaccu und dem TLD-Direktor Sloud Silverman zusammen und erörtern das Pro-

blem des topsidischen Ultimatums, das in vier Tagen ablaufen wird. Es gibt eine offizielle Vertreterin der Topsider auf Terra. Die gibt sich aber unnachgiebig und droht mit Krieg, wenn Rhodan und die TESS QUMISHA nicht ausgeliefert werden. Ein Angriff der Topsider muß aber um jeden Preis verhindert werden, da Terra dafür nicht gerüstet ist. Ausliefern will Flaccu Perry Rhodan jedoch auch nicht. Der zieht in Erwägung, sich selbst zu stellen, um einen Krieg zu verhindern.

Orfea Flaccu war lange Jahre Botschafterin auf Topsisid. Sie steht in Kontakt mit der Gelegemutter, die sie als zwiegespalten beschreibt. Das Staatsoberhaupt der Topsider steht der LFG nicht absolut ablehnend gegenüber, ist neugierig und verspricht sich von einer möglichen Kooperation wirtschaftlichen und technischen Fortschritt, allerdings will sie auch die Hegemonie des Sternengeleges nicht gefährden.

Während Sichu Dorksteiger es vorzieht, zusammen mit dem Vergleichenden Historiker Tergén das Institut zur Erforschung des Dyoversums im Gestänge des Pluto zu besuchen, lassen sich Perry, Farye und Iwán/Iwa zur Maurits-Vingaden-Klinik bringen, wo sich Homer G. Adams in Suspension befindet. Perry Rhodan hätte sich gerne mit ihm beraten, doch der Advisor wird erst in zehn Tagen aus der Suspension geholt, in der sich sein Zellaktivator regeneriert. Sloud Silverman berichtet, daß die Klinik von TLD-Agenten gesichert wird, da es Gerüchte über eine Attacke der Vanothen auf Homer G. Adams gibt, der ihnen als Vertreter der

alten Welt ein Dorn im Auge ist. Rhodans Ankunft hat die Lage zugespitzt.

Doch der TLD ist selbst von Vanothen unterwandert. Beim Besuch des Suspensionsalkovens wird ein Anschlag verübt. Gorin Palotta, ein langgedienter TLD-Agent, hat einige TARA-Roboter umprogrammiert, die das Feuer eröffnen und dabei den einzigen topsidischen TLD-Agenten erschießen. Der Vanothe und seine Roboter bauen einen Transmitter um den Suspensionsalkoven auf und lassen sich abstrahlen. Iwán/Iwa Mulholland und Perry Rhodan folgen per Schmerzensteleportation.

Homer G. Adams ahnt nichts von den Ereignissen, die sich inzwischen auf Terra zuspitzen. Er träumt von der Vergangenheit, davon wie er am 25. September 1674 NGZ zusammen mit Amalia Serran am Grab des Thesan Jathao Vanoth steht, der an einer nur ihm bekannten Krankheit gestorben ist und von den Ylanten auf Luna begraben werden wollte. Bei dem Gedanken an ein zweites Grab fällt Homer die LFG-Residentin Gisso Appelles ein, die sich nach 60 Amtsjahren nicht mehr wiederwählen lassen wollte. Der junge couragierte Tomasso Coen wird ihr Nachfolger. Er forciert die Entwicklung neuer Entdecker-Raumschiffe, um die Expansion der LFG in diesem Teil des Dyoversums voranzutreiben.

Mit den neuen Schiffen der VASCO-Klasse erreichen die Terraner erstmals das System der Beteigeuze, wo es wie zuvor bei der Wega zu einem Zusammenstoß mit den Topsidern kommt, die ein

Beiboot mit 86 Besatzungsmitgliedern vernichten. Die topsidische Befehlshaberin Peran-Gord behauptet, auf dem vierten Planeten wäre eine Patronatssonde stationiert, die allen Ankömmlingen signalisiert, daß sie fremdes Hoheitsgebiet verletzen, wenn sie weiterfliegen. Doch Vehara Togan, die Kommandantin der Liga-Flotte, argumentiert, diese Sonde könnte man gar nicht bemerken, denn sie sendet kein Signal aus, das stark genug ist, es außerhalb des Systems zu empfangen.

Homer G. Adams versucht von Terra aus über Hyperfunk zu vermitteln und lädt Peran-Gord nach Terra ein. Sie fordert den sofortigen Abzug der terranischen Schiffe. Die brauchen aber einige Zeit, um mit LOOKOUT-Sonden einen sicheren Kurs durch den Linnarraum festzulegen. Außerdem müsse noch ein Beiboot, das auf dem vierten Planeten gelandet sei, zurückkehren. Was sie verschweigt, ist, daß sich an Bord dieses Schiffes zwei Yura befinden - Ureinwohner des vierten Planetens, die von den Topsidern dazu versklavt werden, für sie Rohstoffe abzubauen. Die beiden intelligenten Kopffüßler werden nach Terra gebracht, wo sie sich sehr wohlfühlen. Rico kümmert sich um sie und schafft ihnen in der arkonidischen Siedlung Neuatlantid, die er zur neuen Technischmiede Terras ausbauen will, eine auf ihre Bedürfnisse ausgerichtete Unterkunft.

Auf Terra leben Nachfahren der Topsider, die es mit dem CEE ins Zwillingsuniversum verschlagen hat, doch sie wollen sich nicht gegen ihre Artgenossen aus diesem Teil des Dyoversums stellen. Homer G. Adams hofft nun, daß der

alte topsidische Wissenschaftler Carmo-Wirtkar, der auch schon vor dem CEE auf der Erde lebte, vermitteln kann.

Eine weitere Erinnerung führt Adams zum dritten Grab - das seiner Lebensgefährtin Amalia, die an schleichendem Genverfall litt. Er hat sie bis zu ihrem Ende begleitet und versprochen, ihr den Wunsch zu erfüllen, ein ENT-DECKER-Schiff nach ihr zu benennen.

In der Gegenwart des Jahres 2046 NGZ spitzt sich die Lage im Solsystem zu, wo der Versuch, den Flug des Onryonen zu stoppen, mißlingt. Kubertin hat seine fähigsten Piloten eingesetzt, um den gestohlenen Raumjäger manövrierunfähig zu schießen. Unerklärlicherweise versagen die beiden, obwohl sie in guter Position sind. Erst nachgeschickte Einheiten der Lunaflotte können Eccpre Allocnar stoppen,

der, als er später verhört wird, behauptet, er hätte keinen Einfluß auf den Flug gehabt. Er habe nur nach dem Reich Ryo suchen wollen, das Angehörige seines Volkes angeblich nach dem CEE gegründet haben. Ein anonymes Jägerpilot habe ihm geholfen, den Raumjäger zu kapern, dann habe ein Autopilot die Kontrolle übernommen und auch der Funk sei ausgefallen.

Kubertin glaubt ihm. Vor allem als eine Untersuchung des Jägers bestätigt, daß dessen Positronik manipuliert worden ist. Er hatte während des Zwischenfalls die topsidische Kommandantin der OCHVRUR angefunkelt, um ihr zu versichern, daß der sich nähernde Jäger nicht im Auftrag der Lunaren Flotte fliegt. Sie hatte es dennoch als kriegerischen Akt ausgelegt und mit Vergeltung gedroht. Offensichtlich gibt es in der Flotte Leute, die einen Krieg mit den Topsidern forcieren wollen.

Ghizlane Madouni verdächtigt die beiden Piloten Nigella Schöman und Ove Heller, die den Jäger verfehlt haben, dies absichtlich getan zu haben. Sie schlägt vor, die beiden zusammen mit ihrem Sicherheitschef Torr Nishal zu beschatten. Die beiden verfolgen die Verdächtigen bis zur verlassenen Onryonenstadt Iacalla. Dort verschwinden sie in einem kleinen Gebäude. Kurz darauf mißt Nishal eine hohe Energieemission an. Als die beiden im Keller des Gebäudes ankommen, finden sie einen Käfigtransmitter, der noch auf die Gegenstation geschaltet ist. Ghizlane Madouni läßt sich kurzentschlossen ebenfalls an den Ort versetzen, wohin sich die verdächtigen Piloten abgesetzt haben ...

*<http://www.schattenblick.de/infopool/unterhlt/perry/pr3052.html>*

#### IMPRESSUM: Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter:  
MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.  
Verantwortlicher Ansprechpartner:  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,  
25795 Stelle-Wittenwuth  
Elektronische Postadresse:  
ma-verlag@gmx.de  
Telefonnummer: 04837/90 26 98  
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME  
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,  
25795 Stelle-Wittenwuth  
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,  
25795 Stelle-Wittenwuth, ISSN 2190-6963  
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel  
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.

## DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

### Und morgen, den 22. Februar 2020

Vorhersage für den 22.02.2020 bis zum 23.02.2020



© 2020 by Schattenblick

Es scheint Jean-Luc noch wärmlich trotz Regen, Wolken, Wind, zur selben Zeit erbärmlich friert er doch wie ein Kind.